

8/1997

Die Bundesregierung hat dem Bergbau ein faires Angebot gemacht

Zur „Düsseldorfer Erklärung“ der von Ministerpräsident Rau einberufenen „Ruhrkonferenz“ erklärte der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl am 8. März:

SPD, Nordrhein-Westfalen und Saarland betreiben ein unverantwortliches Spiel mit den Sorgen der Menschen in den Kohleregionen. Dabei scheuen sie vor Verdrehungen und Falschbehauptungen nicht zurück. Durch die Absage des Gesprächs über die Steuerreform wird im übrigen die ganze Nation als Geisel für durchsichtige parteitaktische Manöver genommen. Eine Verzögerung des Inkrafttretens der Steuerreform und damit auch der dringend notwendigen Schaffung neuer Arbeitsplätze wird bewußt in Kauf genommen.

Tatsache ist:

Die Bundesregierung hat dem Bergbau ein faires und weitreichendes Angebot gemacht und ist damit bis an die Grenze des haushaltspolitisch Verkraftbaren gegangen. Der Finanzrahmen bis zum Jahr 2005, den allein die Bundesregierung zur Verfügung stellen will, beträgt insgesamt über 50 Mrd. DM. Kein anderer Industriezweig wurde und wird in solchem Umfang unterstützt wie die deutsche Steinkohle. Niemand hat sich je so stark für die Bergleute eingesetzt wie Bundeskanzler Helmut Kohl.

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Kohlesubventionen

Generalsekretär Peter Hintze: Kein Verständnis für die unverantwortliche Stimmungsmache von Lafontaine und Rau. Seite 3

Helmut Linssen: Nun muß sich auch die nordrhein-westfälische Landesregierung bewegen. Seite 6

● Beschäftigung

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Bundesregierung hat wichtige Aufgaben in ihrem Bereich erfüllt. Seite 11

● Gemeinsames Wort

Wolfgang Schäuble: Das Kirchenwort taugt nicht für Parteipolemik. Seite 12

● Wehrbeauftragte

Glaubwürdigkeit durch Truppennähe und Sachverstand. Seite 14

● Information

Multimedia – Chance für Frauen. Von Bärbel Sothmann. Seite 19

● Internet

Das A und O eines attraktiven Programms ist die Aktualität. Seite 22

Es ist das Geld der Steuerzahler, das wir ausgeben

Wir haben ein faires und weitreichendes Angebot unterbreitet, und ich glaube, es muß mal deutlich werden, daß das Geld, das wir ausgeben, das Steuerzahlergeld ist, daß es nicht das Geld der Bundesregierung ist. Wir müssen das verantworten gegenüber der Wirtschaft und dem Steuerzahler. Und wenn man jetzt von rund acht Milliarden D-Mark in diesem Jahr, 1997, auf rund vier Milliarden D-Mark im Jahre 2005 runtergeht, das ist, glaube ich, wirklich eine Streckung, die verantwortbar ist und die bei gutem Willen aller Beteiligten sehr wohl ermöglicht, in einer vertretbaren Weise die Kohlesubventionen zurückzufahren.

**Kanzleramtsminister
Friedrich Bohl im Süddeutschen
Rundfunk am 10. März**

Fortsetzung von Seite 1

● Alle rechtlichen Verpflichtungen sowie die Zusagen des „Artikelgesetzes“ werden eingehalten. Wenn Ministerpräsident Rau behauptet, die Bundesregierung breche alle kohlepolitischen Vereinbarungen, die es in 50 Jahren gegeben habe, so ist dies unwahr und unverantwortliche Demagogie. Richtig ist, daß die Hilfen in Zukunft zurückgeführt werden müssen. Dies ist aber bereits im „Artikelgesetz“ vorgesehen und wird auch von Bergbau und der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie grundsätzlich anerkannt.

● Mit dem von der Bundesregierung angebotenen Finanzrahmen, der durch die beiden Revierländer zu ergänzen ist, kann gleichwohl langfristig ein lebensfähiger Bergbau erhalten werden. Von den über 50 Mrd. DM, die allein durch den Bund zur Verfügung gestellt werden sollen, entfallen rd. 30 Mrd. DM auf den für die kurz-

fristige Entwicklung besonders wichtigen Zeitraum bis zum Jahr 2000. Die Forderung des Bergbaus für diesen Zeitraum beträgt rd. 32 Mrd. DM.

Wie bei einer solchen Differenz der Umfang der Kohleregionen an die Wand gemalt werden kann, bleibt das Geheimnis der SPD.

● Insgesamt werden in den nächsten 9 Jahren bis 2005 nach dem Vorschlag der Bundesregierung im Steinkohlebergbau deutlich weniger Arbeitsplätze verlorengehen als im Vergleichszeitraum von 1988 bis 1996.

Den Anpassungsprozeß sozialverträglich machen

Ein höheres Angebot war im Hinblick auf die haushaltspolitischen Möglichkeiten und unter Berücksichtigung der gesamtstaatlichen Verpflichtungen beim besten Willen nicht möglich. Wir wissen, daß wir mit diesem weitreichenden Angebot in den revierfernen Regionen der Bundesrepublik Deutschland nicht unbedingt Beifall erwarten dürfen.

Die Vorwürfe der beiden Revierländer an die Adresse der Bundesregierung sind unhaltbar und entschieden zurückzuweisen. Wegen der regionalpolitischen Bedeutung der deutschen Steinkohle hat die Bundesregierung zu Recht einen höheren Beitrag von NRW und Saarland gefordert. Anstatt wie dies notwendig wäre, mehr zu tun, wollen die beiden Revierländer statt dessen ihre eigenen Hilfen zur Förderung des Kohleabsatzes sogar zurückfahren. Dies ist ein untragbarer Zustand.

Es kommt jetzt darauf an, daß alle zu einem sachlichen Gespräch fähig bleiben. Die Bergbauunternehmen sind aufgefordert, Konzepte zu entwickeln, die den notwendigen Anpassungsprozeß so sozialverträglich wie möglich gestalten. Dies ist auch bei gutem Willen aller Beteiligten möglich.

Kein Verständnis für die unverantwortliche Stimmungsmache von Lafontaine und Rau

Generalsekretär Peter Hintze zum Kohle-Protest:

Ich habe Verständnis für die Sorge der Bergleute um ihre Arbeitsplätze. Ich habe aber kein Verständnis für die unverantwortliche Stimmungsmache der Ministerpräsidenten Rau und Lafontaine.

Keiner hat so viel für die Kumpel an Saar und Ruhr getan wie Helmut Kohl und die CDU. Allerdings ist Strukturwandel ein Merkmal der modernen In-

dustriegesellschaft. Wer den Strukturwandel so sträflich versäumt hat wie Lafontaine und Rau, kann jetzt nicht in billiger Manier noch mehr Geld beim Bund einfordern.

Für Autobahnblockaden und andere gewaltsame Formen des Protestes gibt es keine Rechtfertigung. Subventionen sollen Arbeitsplätze, wirtschaftliche Entwicklung und Strukturwandel unterstützen. Nicht wer am lautesten schreit, bekommt das meiste Geld.

Pressestimmen

In die Partei der Blockade zurückverwandelt

Es dauert oft nur wenige Minuten, um den Erfolg wochenlanger Bemühungen zu verspielen. Die SPD liefert dafür mit ihrer Absage des Steuergipfels ein eindrucksvolles Beispiel.

Oskar Lafontaine hatte seine Partei – und sich selbst – bei der Steuerreform in gute Position gebracht. Seinen Vorschlägen, die Reform ein Jahr früher in Kraft treten zu lassen und zu diesem Zweck Spitzengespräche zwischen Regierung und Opposition abzuhalten, konnten sich Kanzler Kohl und die Koalition nicht entziehen. Ein Erfolg des Steuergipfels hätte die SPD wieder zum Mitgestalter deutscher Politik gemacht, Lafontaine wäre zum ernstzunehmenden Gegenspieler Kohls geworden. Hätte ... Wäre ...

Durch ihre Absage hat sich die SPD wieder in die Partei der Ablehnung und Blockade zurückverwandelt.

Bild am Sonntag

SPD macht es sich zu einfach

An Ruhr und Saar stehen Zigtausende Arbeitsplätze auf dem Spiel. Das ist zwar die traurige Wahrheit. Aber nur mit Steuer-senkungen kann es neue Jobs geben – in ganz Deutschland. Auch wenn es hart ist: Der Kohlebergbau hat seine Zukunft hinter sich. Da muß auch die SPD den Kumpeln endlich reinen Wein einschenken. Denn Solidarität allein sichert keinen einzigen Arbeitsplatz.

Bild

Neinsager, Nörgler, Bremser, Verhinderer

So leicht, wie es sich die SPD mit der Steuerreform gemacht hat, möchte es sich sicher so manch einer auch gern machen können, der Ärger im Job hat: einfach nicht hingeben. Bedenkenswert ist, daß die Sozialdemokraten sich etwas davon versprechen, die Beratungen über die Steuerreform erst einmal bleiben zu lassen. Solange eine Partei noch kalkuliert, es werde ihr mehr Ansehen bringen, einen solchen Termin abzusagen statt ihn einzuhalten, so lange sind entweder die Probleme noch nicht groß genug, oder die Wahrneh-

mung der Parteitaktiker ist getrübt. Ihr taktisches Dilemma ist nachvollziehbar: Solange die SPD kein neues Konzept für ein modernes Deutschland hat, so lange zapft sie ihre alte Leier. Dabei gerät sie mehr und mehr in die Rolle des stetigen Neinsagers und Nörglers, des Bremsers und Verhinderers

Die Welt

SPD wieder in der Verweigerer-Rolle

Ausgerechnet der schärfste Kritiker der Bonner Kürzungspläne für die Kohle ließ gestern wieder erste Rauchzeichen in Richtung Verständigungsbereitschaft steigen. Offensichtlich ist dem NRW-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement als erstem klargeworden, daß die Solidarität mit den um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Bergleuten **eine** Sache, das Ansehen der SPD im gesamten Deutschland aber eine andere ist. Fest steht, daß die Sozialdemokraten sich mit ihrer Absage der Bonner Steuergespräche in eine schwierige Situation manövriert haben. Dabei war es den Genossen gerade gelungen, Tritt zu fassen. Ihre Bereitschaft, bei den wichtigsten Reformvorhaben der Bundesregierung – also Steuer-, Renten- und Gesundheitsreform und obendrein beim Energiekonsens – mitzutun und nicht abzublocken, war bei der Bevölkerung gut angekommen. Auch ihre Forderung, die Steuerreform vorzuziehen und zumindest Teile bereits 1998 in Kraft treten zu lassen, stieß auf breite Zustimmung. Seit dem Wochenende steht die SPD aber erst einmal wieder als Verweigerer da.

Kölnische Rundschau

Kohle um jeden Preis?

Daß die Kumpel auf die Straße gehen, ist nicht verwunderlich. Denn ihre Arbeitsplätze sind bedroht. Daß Politiker diese Stimmung nutzen und sie anheizen, das

kann man nicht verstehen, auch wenn die Politiker von der Ruhr oder der Saar stammen. Denn irgendwann muß man auch in den Bergbauregionen den Tatsachen ins Auge sehen.

Die Bundesrepublik droht an den Kriterien für das Europäische Währungssystem zu scheitern. So reich man ist, man ist nicht reich genug, jeden Arbeitsplatz im Bergbau mit 130.000 Mark pro Jahr zu subventionieren. Daß Bonn auch im Jahr 2005 noch 3,8 Milliarden Mark in den Bergbau stecken will, ist bereits eine ungeheure Anstrengung.

Es geht hier um Kohle, die viermal so teuer ist wie die Kohle auf dem Weltmarkt. Jeder Arbeitsplatz wird mit einer Summe subventioniert, die sicher doppelt so hoch ist wie der Lohn, den jeder Kumpel erhält. Man ist von jeder internationalen Wettbewerbsfähigkeit Lichtjahre entfernt.

Die Welt

Falsches Spiel der SPD mit den Ängsten der Betroffenen

Wie man es auch dreht und wendet: wer den Bergleuten aus falsch verstandener Solidarität oder politischem Kalkül verspricht, Zuschüsse von rund 130.000 Mark pro Arbeitsplatz seien der gesamten Gesellschaft auf Dauer vermittelbar, treibt mit den Ängsten und Hoffnungen der Betroffenen ein falsches Spiel. 130.000 Mark im Jahr: das sind mehr, als ein Kumpel, und erst recht Arbeitnehmer in anderen Branchen im Jahr verdient. Da verrutschen die Relationen. Mittlerweile verschlingt die Kohlehilfe mit über zehn Milliarden Mark im Jahr den Löwenanteil des Wirtschaftsetats im Bund. Damit liegt sie höher als die Bundesausgaben für Forschung in Höhe von 8,5 Milliarden Mark.

Stuttgarter Nachrichten

Die Kohlepläne des Bundes bis 2005

Die Bundesregierung will ihre Kohlesubventionen bis zum Jahr 2005 deutlich senken. Die Verstromungshilfe soll von 7,0 auf 3,8 Milliarden gekürzt werden, die Kokskohlenhilfe völlig auslaufen. Die Kürzung soll im kommenden Jahr beginnen. Die größten Beträge sollen aber erst nach dem Jahr 2000 wegfallen. Der Bund will alle gesetzlichen Verpflichtungen einhalten.

Derzeit setzen sich die Subventionen des Bundes zusammen aus 7,0 Milliarden Mark Verstromungshilfe, 1,05 Milliarden Kokskohlenhilfe und knapp einer Milliarde Mark sonstiger Hilfen, zum Beispiel für soziale oder unternehmensbezogene Maßnahmen.

Bis zum Jahr 2000 will der Bund die Verstromungshilfen unverändert lassen. Auch die sonstigen Hilfen ändern sich kaum. Dagegen soll die Kokskohlenhilfe schon 1998 auf 750 Millionen und 1999 auf letztmalig 300 Millionen Mark gesenkt werden.

Von 2001 bis 2005 will der Bund die Verstromungshilfen in gleichmäßigen Schritten bis auf 3,8 Milliarden Mark senken. Auch die sonstigen Kohlehilfen nehmen dann ab. Exakte Zahlen für die einzelnen Jahre nannte das Ministerium nicht. Nach diesen Plänen ergeben sich etwa folgende

Summen für die Subventionen des Bundes:

- 1997:** 9,00 Milliarden (7,0 Verstromung, 1,05 Kokskohle, 1,0 Übrige)
- 1998:** 8,75 Milliarden (7,0 Verstromung, 0,75 Kokskohle, 1,0 Übrige)
- 1999:** 8,30 Milliarden (7,0 Verstromung, 0,30 Kokskohle, 1,0 Übrige)
- 2000:** 8,00 Milliarden (7,0 Verstromung, 1,0 Übrige)
- 2001:** 6,36 Milliarden Verstromung plus übrige Hilfen
- 2002:** 5,72 Milliarden Verstromung plus übrige Hilfen
- 2003:** 5,08 Milliarden Verstromung plus übrige Hilfen
- 2004:** 4,44 Milliarden Verstromung plus übrige Hilfen
- 2005:** 3,80 Milliarden Verstromung plus übrige Hilfen.

Nordrhein-Westfalen und Saarland sollen zusammen 1,7 Milliarden Mark Kohlehilfen übernehmen. Der Bund könnte den Anteil des Saarlandes von 200 Millionen Mark aber übernehmen. NRW soll seine Zahlungen nach Bonner Rechnung von einer auf 1,5 Milliarden erhöhen.

Wer regiert denn an Ruhr und Saar?

Was derzeit weite Teile der SPD auf Geheiß ihres Vorsitzenden betreiben, ist schiere Obstruktionspolitik. Dies führt zu der Täuschung, es liege überhaupt nicht in der Zuständigkeit der SPD, das Debakel um die Kohlesubventionierung zu beseitigen. Wer, so darf man wohl fragen, regiert

denn seit mehr als dreißig Jahren an der Ruhr? Wer seit mehreren Legislaturperioden an der Saar? Niemand will ernsthaft die SPD allein für das Kohle-Drama verantwortlich machen, es aber jetzt zu benutzen, die Gespräche über die Steuerreform zu torpedieren, geht zu weit.

Frankfurter Neue Presse

Nun muß sich auch die nordrhein-westfälische Landesregierung bewegen

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, Helmut Linssen, hat am 7. März den Vorschlag der Bundesregierung zur Steinkohle-Subventionierung als „seriöses Angebot an den Bergbau“ bezeichnet.

„Ich begrüße es, daß bei den gemeinsamen Milliardenhilfen von Bund und Land eine Fünf vor dem Komma stehen kann“, erklärte Linssen.

Helmut Linssen wörtlich: „Nachdem die Bundesregierung weit über die Vorstellungen anderer Bundesländer hinausgegangen ist, muß sich nun auch die nordrhein-westfälische Landesregierung bewegen.“

Linssen forderte die Regierung Rau auf, „die bisherige Absatzförderung des Landes in Höhe von 862 Mio. DM jährlich aufzustocken und durch Strukturhilfemittel für die von Stilllegung betroffenen Bergbaustandorte dafür zu sorgen, daß dort neue zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen.“

Der CDU-Fraktionsvorsitzende wies darauf hin, daß in den Kohlegesprächen mit der Bundesregierung noch zwei Punkte offen seien, „nämlich die Aufstockung der Subventionen in der mittelfristigen Finanzplanung und die Höhe der vom Bund zu leistenden Strukturhilfe für die Bergbauregionen.“

SPD darf ihre Konzeptionslosigkeit nicht auf dem Rücken der Arbeitslosen austragen

Zu der Absage der SPD, weitere Steuergespräche durchzuführen, erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik:

Die Behauptung Lafontaines, die Koalition habe keinen verhandelbaren Vorschlag gemacht, ist falsch. Mit den Petersberger Steuervorschlägen wurde ein Konzept vorgestellt, das auch von Experten als ökonomisch vernünftig und sozial ausgewogen beurteilt wird. Daß Lafontaine auf weitere Steuergespräche verzichten will, zeigt, daß die SPD keine Alternativen hat. Die Forderung, die Bundesregierung müsse ihre „falsche Entscheidung“ zur Kohle revidieren, verkennt die ökonomischen und haushaltspolitischen Zusammenhänge. Das

von der Bundesregierung unterbreitete Angebot dient der langfristigen Sicherung eines lebensfähigen Bergbaus. Über eine künstliche Verknüpfung mit der Kohlepolitik stiehlt die SPD sich aus der Verantwortung. Mit der Blockade der Steuerreform gefährdet sie nicht nur Arbeitsplätze im Bergbau. Sie trägt ihre Konzeptionslosigkeit auf dem Rücken der Arbeitslosen aus.

Von Unverfrorenheit zeugt insbesondere der Vorwurf Lafontaines, der Vorschlag der Bundesregierung zur Kohlepolitik führe zu einem „nicht sozialverträglichen Arbeitsplatzabbau“. Als Landesfürst verweigert er selbst einen höheren Beitrag für die deutsche Steinkohle. Im Gegenteil, das Revierland Saarland will, seine Hilfen für die Förderung des Kohleabsatzes zurückfahren.

Grüne Zankäpfel

Nach gut eineinhalb Jahren präsentiert sich nicht nur die rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen im Dauerstreit. Auch die Grünen sind untereinander heillos zerstritten: Fundis gegen Realos, Partei gegen Fraktion.

Anfang Januar forderten vier Fundis in der Landtagsfraktion mehr grünes Profil in der Koalition. Sie kritisierten, die Grünen sollten sich nicht als „Mehrheitsbeschaffer“ für die SPD in Bonn „mißbrauchen“ lassen. Die Landespartei solle in Zukunft eine „wesentlich aktivere Rolle überneh-

men“. (Rheinische Post, 8. 1. 97) Als „unsauber und jammernd“ hingegen bezeichnet die Fraktionssprecherin der Grünen, Gisela Nacken, die Negativbilanz ihrer Fraktionskollegen. (General-Anzeiger, Bonn, 9. 1. 97). Schließlich rügte die Landtagsfraktion mit 14 gegen 9 Stimmen die parteiinternen Kritiker wegen „**unsolidarischen‘ und für die Fraktion schädlichen Verhaltens**“. (ebd., 15. 1. 97) Der Landesparteirat der Grünen aber sah keinen Anlaß zur Rüge.

Wie die Realos auf die Herausforderung der Fundis in Nordrhein-Westfalen reagieren sollten, geht aus einem Strategiepapier von Mitarbeitern der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hervor. Die Autoren, darunter der Büroleiter Joschka Fischers, Achim Schmillen, empfehlen, „**die Majorität der Linken im Landesverband zumindest da, wo sie bundespolitisch als erheblicher Störfaktor eingeschätzt wird, zu kompensieren**“. Eine „**politische Isolierung der grüninternen**

Sozialdemokraten und Grüne sollten einen Beitrag zur Versachlichung leisten

Generalsekretäre Peter Hintze zu den Protesten der Bergarbeiter:

CDU und Koalition stehen hundertprozentig hinter der Entscheidung des Bundeskanzlers, die Kohlegespräche nicht unter Demonstrationsdruck zu führen. Sozialdemokraten und Grüne sollten jetzt nicht die Kumpel aufwiegeln, sondern einen Beitrag zur Versachlichung der Atmosphäre leisten. Für Straßenblockaden und gewaltsame Ausschreitungen gibt es nicht den Hauch einer Legitimation. Wir gefährden die Demokratie, wenn jeder für seine Zwecke zum Mittel der Gewalt greift. Ich rufe deshalb dazu auf, die Spielregeln der Demokratie einzuhalten und zur Besonnenheit zurückzukehren.

Grüne fühlen sich als Stimmvieh der SPD und vermissen bei ihrem „Partner“ Reformwillen.

„**Koalitionsgegner**“ wird angeregt. Die „**Widersprüche innerhalb der Linken**“ müßten so verschärft werden, „**daß dies auch zur organisatorischen Trennung führt**“. Darüber hinaus wird die „**unbesetzte Stelle‘ der Innovationskraft**“ bei den Parteifreunden in Nordrhein-Westfalen bemängelt. (Zitate aus: Papier Schmillen/Schmitt/Ensslin: Die Zukunftsfähigkeit von Bündnis 90/Die Grünen in NRW)

Als „**dummes Zeug**“ qualifizierte der nordrhein-westfälische Parteisprecher der Grünen, Reiner Priggen, diese Bonner Äußerungen ab. (WAZ, 28. 2. 97)

Ein Spiegel der inneren Zerrissenheit der grünen Landtagsfraktion ist auch ihre Bilanz zur bisherigen Arbeit der rot-grünen Koalition. Da sich die Gesamtfraktion nicht auf eine einheitliche Bilanz verständigen konnte, legten die Fraktionsmitglieder Einzelbilanzen mit individuellen Bewertungen vor. Damit bestätigt die Landtagsfraktion die vom eigenen Landesvorstand gegen sie erhobenen Vorwürfe:

Keine Strategie

„Ein wesentliches Problem ist [...] daß es nach wie vor kein geschlossenes strategisches Vorgehen und keine gemeinsame Schwerpunktsetzung der vierundzwanzig Fraktionsmitglieder als Gesamtfraktion gibt. Im Gegenteil, die Zusammenarbeit ist in weiten Teilen durch ein gegenseitiges Mißtrauen extrem gestört. [...] Eins ist klar: wenn ein Teil der Fraktion auf die eine und ein anderer Teil auf die andere Strategie setzt, hat die Gesamtfraktion unter dem Strich gar keine Strategie.“ (Bündnis 90/Die Grünen, Landesvorstand: Auswertung und Perspektiven des Landesvorstandes zur rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen, Februar 1997)

Die Kritik des Landesvorstandes ging aber noch weiter. So forderte der Vorstand von der Fraktion eine „**intensivere Kommunikation**“ mit Partei und Basis. Darüber hinaus beansprucht der Landesvorstand für sich eine stärkere Einbindung in die Arbeit der Fraktion mit der Begründung: „[...] auch der Landesvorstand kann nicht länger hinter der Landtagsfraktion her hecheln und ‚Feuerwehr spielen‘, wenn es zu Konflikten mit der SPD

kommt.“ An anderer Stelle wird der Landtagsfraktion vorgeworfen, sie stolpere „**ohne Absprachen, ohne Konzept und gemeinsame Koordination von einem ‚Ehekrach‘ in den nächsten**“. (Zitate aus: Bündnis 90/Die Grünen, Landesvorstand: Auswertung und Perspektiven)

„Negativbeispiel NRW“

Diese durch innere Machtkämpfe zerrissenen Grünen sind nach den Worten ihres finanzpolitischen Sprechers, Stefan Bajohr, in einer „**Horrorkoalition**“ gefangen: „**Diese SPD will uns nur als Stimmvieh haben, sie will überhaupt keine Reformpolitik machen.**“ (Die Woche, 6. 12. 96) Kein Wunder, daß vor diesem Hintergrund Joschka Fischer vom „**Negativbeispiel NRW**“ spricht und einräumt: „**Wir reden heute nicht mehr von einem Reformprojekt Rot-Grün [...]**.“ (Die Woche, 7. 3. 97)

1.000 befristet Beschäftigte erhalten festen Job bei VW

Insgesamt 1.000 befristet Beschäftigte beim Volkswagenwerk werden jetzt fest eingestellt. Wie der Betriebsratsvorsitzende Klaus Volkert am 6. März mitteilte, handelt es sich um Mitarbeiter, die im Frühjahr 1996 im Rahmen des Bündnisses für Arbeit befristet eingestellt worden waren. Jetzt habe sich der Betriebsrat mit dem Vorstand auf die Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis geeinigt. „Angesichts der dramatischen Arbeitslosenzahlen sind wir sehr froh, daß diese Kolleginnen und Kollegen weiterhin bei Volkswagen bleiben können“, sagte Volkert.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist weiter gestiegen

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, gibt es nach einer ersten Vorwegberechnung für das Jahresende 1995 in Deutschland gut 2,5 Mio. Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um etwa 9 Prozent.

Dazu erklärte Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer: „Diese Entwicklung dokumentiert noch einmal, wie notwendig die am 1. August 1996 in Kraft getretene Reform des Bundessozialhilfegesetzes war. Nur mit den verbesserten Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit wird es den Kommunen möglich sein, in nennenswertem Umfang Hilfeempänger in Arbeit zu bringen. Die Deckelung des Anstiegs der Regelsätze führt dazu, daß trotz des hohen Zuwachses an Hilfeempfängern auch begrenzende Elemente bei der Entwicklung der Kosten wirksam werden.“

Auch die Zahl der Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist weiter angestiegen. Dies zeigt, daß wir die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Interesse der Länder und Kommunen dringend brauchen. Der Bundesrat sollte endlich seine ablehnende Haltung zu den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Änderungen in der erneut angesetzten Sitzung des Vermittlungsausschusses aufgeben.“

Im Vergleich zu den ausländischen Hilfeempfängern (plus 14 Prozent) fiel die Zunahme bei den deutschen Beziehern mit 8 Prozent geringer aus. Der unverändert hohe Anstieg bei den deutschen Hilfeempfängern ist wesentlich auf den starken Zustrom von Aussiedlern im Jahre 1995 nach Deutschland zurückzuführen. Diese Perso-

nen müssen zunächst ihren Lebensunterhalt häufig ergänzend oder in vollem Umfang durch die Sozialhilfe absichern.

Rund 80 Prozent der Personen, die Sozialhilfe im engeren Sinne (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) erhielten, waren Deutsche (2 Mio. Personen) und 20 Prozent Ausländer (516 Tsd. Personen). Damit wurde insgesamt 3,1 Prozent der Bevölkerung in Deutschland laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt, die in knapp 1,3 Mio. Bedarfsgemeinschaften lebten. 89 Prozent der Hilfeempfänger (2,23 Mio. Menschen) leben im früheren Bundesgebiet und lediglich 11 Prozent (286 Tsd. Menschen) in den neuen Ländern. Demzufolge sind in den alten Ländern 3,4 Prozent und im Beitrittsgebiet nur 1,8 Prozent der Bevölkerung auf Sozialhilfe angewiesen.

Leistungen für Asylbewerber

Zusätzlich zu den ersten Ergebnissen über die Empfänger von Sozialhilfe hat das Statistische Bundesamt vorwegberechnete Daten über die Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Jahre 1995 veröffentlicht. Anspruch auf diese Leistungen haben Asylbewerber, abgelehnte Bewerber, die zur Ausreise verpflichtet sind und geduldete Ausländer. Gegenüber 1994 stieg die Zahl der Leistungsempfänger am Jahresende in Deutschland nach diesem Gesetz um knapp 43 Tsd. auf ca. 489 Tsd. Personen an (plus 9,5 Prozent). Die Empfänger dieser Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leben in 237 Tsd. Haushalten, d. h. im Schnitt leben mindestens 2 Personen in einem Haushalt, der diese Leistungen erhält. ■

Koordiniertes Konzept für den Arbeitsmarkt notwendig

Zu den neuesten Arbeitsmarktdaten erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Der neuerliche Anstieg der Arbeitslosenzahl signalisiert die Notwendigkeit eines koordinierten Konzepts zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Vor allem ist es notwendig, die Gespräche über die Steuerreform rasch zu einem positiven Ende zu führen. Wirtschaft und Beschäftigte müssen noch vor Ostern wissen, auf welche steuerlichen Rahmenbedingungen sie sich in den nächsten Jahren einstellen können.

Die von der Koalition in ihrem Steuerreformkonzept vorgesehene Nettoentlastung von 30 Milliarden DM und die Steuervereinfachung könnten bereits in diesem Jahr positive wirtschaftliche Wirkung zeigen, wenn jetzt klar entschieden wird, daß Bürger und Betriebe in den nächsten zwei Jahren netto mehr Geld übrig behalten werden.

Besonders wichtig für die Unternehmen ist die Beseitigung der Gewerbesteuer. Ich warne deshalb die SPD davor, den Bundesrat erneut als Blockadeinstrument zu mißbrauchen. Gerade die mittelständischen Betriebe, die das Rückgrat des Arbeitsmarktes sind und zudem im wesentlichen die Ausbildung des beruflichen Nachwuchses sichern, brauchen dringend Entlastungen. Die Sozialdemokraten müssen ihren Lippenbekenntnissen zur Verbesserung des Arbeitsmarktes endlich Taten folgen lassen.

Ebenso dringend wie steuerliche Entlastungen sind aber die Begrenzung und Rückführung der Sozialversicherungsbeiträge, um die arbeitsplatzintensiven Klein- und Mittelbetriebe besserzustellen.

Die Höhe der Beiträge muß auf deutlich unter 40 Prozent zurückgeführt werden. Dazu müssen auch die Leistungen der Sozialkassen auf den Prüfstand. Die simple Forderung nach Umfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen durch Steuergelder hilft nicht weiter. Dies wäre nur eine Kostenverschiebung, keine Kostenentlastung.

Wichtig ist eine Rückführung der Versicherungsleistungen auf das Notwendige und nicht die Aufstellung eines Wunsch-katalogs. Wer in dieser Zeit gar noch zusätzliche Leistungen fordert, hat den Blick für die Realitäten verloren.

Eine Besserung am Arbeitsmarkt wird man allerdings auch nicht mit der gebetsmühlenhaften Wiederholung der Forderung nach einer Verkürzung der Wochenarbeitszeiten erreichen. Die Arbeitszeiten sind für viele Betriebe bereits jetzt ein Problem, weil z. B. bei auswärtigen Aufträgen Anfahrtszeiten und Nettoarbeitszeiten oft in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zueinander stehen.

Nicht weitere Arbeitszeitverkürzung, sondern nur die weitere Flexibilisierung der Arbeitsorganisation und Arbeitszeit wird zum Erfolg führen. Das Ziel müssen tarifliche Vereinbarungen über Jahresarbeitszeiten sein, damit Mehrarbeit in Zeiten hoher Nachfrage durch Minderarbeit in nachfrageschwachen Zeiten ausgeglichen werden kann. Jahresarbeitszeiten erhöhen auch die Möglichkeiten zur vermehrten Einführung von Teilzeitarbeit und sind ein Beitrag zum Abbau von Überstunden. Die Forderung der Gewerkschaften nach kürzeren Wochenarbeitszeiten ist deshalb bei jeder ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Vernunft.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die Bundesregierung hat wichtige Aufgaben in ihrem Bereich erfüllt

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen erklärte Peter Hausmann, der Sprecher der Bundesregierung:

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Februar 1997 in ganz Deutschland um 13.641 gegenüber dem Januar 1997 gestiegen. Sie lag dabei mit 4.671.908 um 401.482 oder 9,4 Prozent höher als im Februar 1996. Die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote betrug wie im Vormonat 12,2 Prozent und lag um 1,1 Prozentpunkte höher als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Kurzarbeiter sank gegenüber dem Februar des Vorjahres um 74.019 auf 329.380.

In den alten Ländern war die Zahl der Arbeitslosen mit 3.257.492 um 296.604 oder 10 Prozent höher als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote betrug 10,6 Prozent und lag damit um einen Prozentpunkt höher als vor Jahresfrist. Die Zahl der Kurzarbeiter lag mit 251.182 um 35.164 unter der des Vorjahresmonats, sie ist gegenüber dem Vormonat um 26.725 Personen gestiegen.

In den neuen Ländern lag die Zahl der Arbeitslosen im Februar 1997 mit 1.414.416 um 104.878 oder acht Prozent über der des Vorjahresmonats. Die Arbeitslosenquote betrug 18,9 Prozent. Im Januar 1997 hatte die Zahl der Arbeitslosen 1.392.625 betragen. Die Kurzarbeiterzahl fiel im Vergleich zum Vorjahresmonat um 38.855 oder 33,2 Prozent auf jetzt 78.198.

Wichtigste Aufgabe in Deutschland ist die Bekämpfung der unerträglich hohen Arbeitslosigkeit. Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik tragen eine gemeinsame Verantwortung für den Abbau der Arbeitslosigkeit.

- Deshalb haben Wirtschaft, Gewerkschaften und Bundesregierung am 23. Januar 1996 im Bündnis für Arbeit und zur Standorticherung gemeinsam vereinbart, bis zum Ende dieses Jahrzehnts die Zahl der registrierten Arbeitslosen zu halbieren.
- Dieses Ziel ist ehrgeizig und anspruchsvoll. Aber es ist erreichbar, wenn jeder der drei Partner seiner Verantwortung gerecht wird.

Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung: Rückführung der Steuerlast

- Die Bundesregierung hat wichtige Aufgaben in ihrem Bereich durch die Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung erfüllt.
- Ein weiterer Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung liegt nun bei der Rückführung der Steuerlast durch die große Steuerreform. Die vorgelegten Vorschläge der Steuerreform-Kommission bedeuten insgesamt ein gewaltiges Investitionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Es ist mit einem Entlastungsvolumen der Steuerzahler um bis zu 30 Milliarden Mark zu rechnen.

Gleichzeitig muß die Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme weitergeführt werden. Dies macht Einschnitte und Anpassungen unabweisbar; jedoch nicht als Selbstzweck. Sie sind Voraussetzung für mehr Beschäftigung, mehr Investitionen, geringere Steuern und Abgaben sowie sichere Renten und Sozialleistungen.

Wolfgang Schäuble:

Das Kirchenwort taugt nicht für Parteipolemik

Das gemeinsame Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, das die evangelische und die katholische Kirche in Deutschland vor wenigen Tagen vorgelegt haben, verdient Respekt und Dank.

Erfreulich ist nicht nur, daß die beiden großen Kirchen heute in der Lage sind, sich gemeinsam auf einen so anspruchsvollen und zugleich vielschichtigen Text zu einigen. Schon deswegen hat sich der mehrjährige Konsultationsprozeß ganz offensichtlich gelohnt.

Noch mehr Gewicht gibt dieser ökumenischen Gemeinschaftsleistung das Thema, dem sich die beiden Kirchen in ihrem Papier angenommen haben. Denn zur wirtschaftlichen und sozialen Lage gibt es derzeit viele Einzelmeinungen und Interessengegensätze, Grundsatzstreitigkeiten und Erklärungsmuster, daß eine Bündelung und Harmonisierung so vieler verschiedenartiger Stimmen, wie sie auch in den beiden Volkskirchen nun einmal vorhanden sind, jeden beeindrucken muß.

Die Kirchen leisten einen wichtigen Dienst

Dabei kommen die Kirchen nicht nur ihrem eigenen Auftrag nach, sondern leisten auch Staat und Gesellschaft einen wichtigen Dienst, wenn sie den Blick wieder auf die wesentlichen und unverzichtbaren Grundvoraussetzungen jeder menschlichen Ordnung lenken und die Notwendigkeit des Fundaments von ge-

meinsamen Wertvorstellungen für eine Ordnung der Freiheit betonen, die ja nicht nur Wirtschaft und Soziales meint.

Augenmerk auf die Schwächeren

Das gemeinsame Wort gibt eine sehr umfassende Beschreibung der sozialen und der wirtschaftlichen Lage mit all ihren Vorzügen und auch ihren Verwerfungen. Die Kirchen bestätigen den großen Wohlstand und hohen Lebensstandard in

Einer der besten Texte in der politischen Diskussion der letzten Jahre: das Gemeinsame Wort der Kirchen

Deutschland. Aber sie nennen auch Armut und Benachteiligungen beim Namen, lenken als Kirchen das Augenmerk auf die Schwächeren. Das entspricht ihrer Berufung und ihrem Auftrag, der Kritik an bestehenden Verhältnissen und auch an der Politik notwendigerweise mit einschließt.

Aber das Wort der Kirchen wäre mißverstanden, wenn man es vordergründig als Kritik an der einen oder anderen politischen Richtung einordnen würde. Zur tagesspolitischen Instrumentalisierung eignet es sich schon deshalb nicht, weil die aufgeworfenen Fragen viel tiefer gründen. Wer es dennoch parteitaktisch vereinnahmen wollte, würde damit nur offenbaren, daß er den umfassenden Ansatz dieses Textes nicht verstanden hat. Die Kirchen

Koalition einig über höhere Zuzahlungen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den Kompromißvorschlag von Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer zur Finanzierung der Gesundheitsreform am 11. März mit nur einer Enthaltung gebilligt.

Damit ist der Weg frei für die von Horst Seehofer geplante pauschale Anhebung der Selbstbeteiligung um fünf Mark für Medikamente, Krankenfahrten und je Tag Krankenhausaufenthalt.

Die höhere Zuzahlung ist Bestandteil des 2. Neuordnungsgesetzes zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, das die Koalition in der nächsten Woche im Bundestag verabschieden will. Es soll noch vor der Sommerpause in Kraft treten. Die SPD kann das Gesetz über den Bundesrat zwar aufhalten, aber nicht verhindern.

Seehofer zeigte sich mit dem Kompromiß zufrieden. Nur das Ergebnis zähle, sagte der Minister nach der Fraktionssitzung.

Ganz wichtig dabei: Durch Härtefallregelungen werde kein Patient von medizinischen Leistungen ausgeschlossen. Zugleich werde die Eigenverantwortung der Patienten gestärkt. Für alle Kassen sollen folgende Selbstbeteiligungen gelten:

- Für Arzneimittel je nach Packungsgröße neun, elf und 13 Mark statt bisher vier, sechs und acht Mark;
- Bei Fahrtkosten von 25 Mark (bisher 20 Mark);
- Bei Krankenhausaufenthalten für längstens 14 Tage 17 Mark (bisher zwölf Mark);
- Bei Heilmitteln 15 statt zehn Prozent.

Der Festzuschuß zum Zahnersatz soll um fünf Prozent abgesenkt werden, nur die Selbstbeteiligung bei Kuren soll nicht erhöht werden und bei 25 Mark pro Tag bleiben. Für die Ärzte sollen statt der bisherigen Budgets Punktwerte eingeführt werden, auch die Arzneimittelbudgets sollen gelockert werden.

beschreiben den dringenden Reformbedarf in Wirtschaft und Gesellschaft in Grundsätzen. Sie sagen selbst, daß einzelne Lösungsvorschläge und konkrete Maßnahmen ihre Sache nicht sind, weil diese immer in ungeheuer komplizierte und komplexe Sachzusammenhänge einzuordnen sind. Dieses Eingeständnis sollte jenen zu denken geben, die bei jedem Reformansatz immer nur reflexartig mit lautem Feldgeschrei das Ende des sozialen Friedens beschwören. Die Kirchen nehmen ausdrücklich überzogene Erwartungen an die Politik zurück und weisen statt dessen – getreu ihren bewährten Sozial-

lehren von Solidarität und Subsidiarität – auch dem einzelnen und den kleineren gesellschaftlichen Einheiten wieder originäre Verantwortung zu.

Daß sie dies ungewöhnlich eindrucksvoll mit Ableitungen aus dem christlichen Glauben verbunden haben, macht das gemeinsame Wort zu einem der besten Texte in der politischen Diskussion der letzten Jahre. Es ist ein eindrucksvolles Dokument, mit dem die Kirchen zu einem größeren gesamtgesellschaftlichen Dialog aufrütteln und zu der Anstrengung auffordern wollen, unsere Probleme zu lösen. Sie geben uns hierzu wertvolle Orientierung. ■

Glaubwürdigkeit durch Truppennähe und Sachverstand

Ihren zweiten Jahresbericht für das Jahr 1996 hat am 12. März die Wehrbeauftragte des Bundestages, Claire Marienfeld, vorgelegt und der Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth überreicht.

Darin gibt die Wehrbeauftragte Auskunft über den inneren Stand der Bundeswehr und über die Stimmung der Soldaten. Der Report spiegelt die Vielschichtigkeit der Probleme wieder, mit denen sowohl die Führung der Bundeswehr als auch die Soldaten konfrontiert sind.

Der UiD nimmt den Jahresbericht zum Anlaß, Aufgaben und Befugnisse der Wehrbeauftragten zu beschreiben und ein Bild davon zu zeichnen, wie diese sogenannte „Ombudsfrau der Soldaten“ ihre Aufgaben als wirksame Petitionsinstanz wahrnimmt:

Die Aufgaben der Wehrbeauftragten

Die Wehrbeauftragte wird tätig auf Weisung des Bundestages oder des Verteidigungsausschusses zur Prüfung bestimmter Vorgänge (§ 1 Abs. 2, WBeauftrG). Sie wird ferner nach pflichtgemäßem Ermessen aufgrund eigener Entscheidung tätig, wenn ihr Umstände bekannt werden, die auf eine Verletzung der Grundrechte der Soldaten oder der Grundsätze der Inneren Führung schließen lassen (§ 1 Abs. 3 WBeauftrG).

Bei der Prüfung, ob derartige Verstöße vorliegen, befaßt sich die Wehrbeauftragte mit Fragen der Menschenführung in der Bundeswehr, den Personalangelegenheiten der Wehrpflichtigen, der Zeit- und Berufssoldaten, mit den Angelegenheiten der Re-

servisten, Fürsorgeangelegenheiten der Soldaten und ihrer Familien. Ihre Kontrolle erstreckt sich auf die Recht- und Zweckmäßigkeit aller Maßnahmen der Ausbildung, Personalführung und Fürsorge, der Durchführung von Organisations- und Haushaltentscheidungen und auf Fragen der Integration der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft.

Die Befugnisse der Wehrbeauftragten

Informationsrechte (§ 3 Ziffer 1, 4, 5, 6 WBeauftrG) und Anregungsbefugnisse (§ 3 Ziffer 2, 3 WBeauftrG) stellen die rechtlichen Möglichkeiten der Wehrbeauftragten dar. Ihr Anspruch auf Auskunft und Akteneinsicht gegenüber dem Bundesminister der Verteidigung und allen ihm unterstellten Dienststellen und Personen (§ 3 Ziffer 1 WBeauftrG) ist die Grundlage für ihre Ersuchen an die Truppe, zu den von ihr überprüften Vorgängen Stellung zu nehmen.

Ihr Recht, unangemeldet jeden Truppenteil und jede Dienststelle der Bundeswehr zu besuchen, stellt eine weitere wichtige Informationsmöglichkeit der Wehrbeauftragten dar (§ 3 Ziffer 4 WBeauftrG). In der Praxis haben unangemeldete Truppenbesuche eine große Bedeutung für die Arbeit der Wehrbeauftragten gewonnen. Für die Betroffenen überraschend, bittet sie um Gespräche mit Vorgesetzten, Vertrauenspersonen und einzelnen Soldaten. Sie nimmt an Ausbildung und Unterrichten teil und besichtigt Truppenunterkünfte und Betreuungseinrichtungen. Gegen Ende ihres Besuches bespricht sie mit den Kom-

mandeuren ihre Erkenntnisse und gibt diese Gelegenheit, die ihr vorgetragene Sorgen der Soldaten selbst zu regeln oder zusätzliche Informationen zu geben. Vielfach werden so die Vorgesetzten auch über ihnen bisher nicht bekannte Mißstände informiert. 88 überwiegend unangemeldete Truppenbesuche der Wehrbeauftragten und fast 300 Begegnungen der Wehrbeauftragten und ihrer Mitarbeiter in 1996 mit der Truppe haben so für die Wehrbeauftragte ein realistisches Bild des Alltags der Bundeswehr ergeben.

Ergänzt werden diese unmittelbaren Eindrücke durch die von der Wehrbeauftragten jährlich durchgeführte Informationsveranstaltung mit Soldaten aller Teilstreitkräfte.

Anregung, nicht Befehls- oder Weisungsbefugnis gegenüber den Soldaten beschreibt die rechtlichen Möglichkeiten der Wehrbeauftragten. Versehen mit einem umfassenden Kontrollauftrag, hat der Gesetzgeber die Wehrbeauftragte nur mit der Befugnis ausgestattet, „den zuständigen Stellen Gelegenheit zur Regelung einer Angelegenheit zu geben“ (§ 3 Ziffer 2 WBeauftrG) und „einen Vorgang der für die Einleitung des Straf- oder Disziplinarverfahrens zuständigen Stelle zu(zu)leiten“ (§ 3 Ziffer 3 WBeauftrG). Der Grundsatz der Gewaltenteilung und die bewußte Betonung ihrer Stellung als parlamentarischer Hilfsorgan sind hierfür der Grund.

Die Wehrbeauftragte als Petitionsinstanz

Jeder Soldat hat das Recht, sich einzeln ohne Einhaltung des Dienstweges unmittelbar an die Wehrbeauftragte zu wenden (§ 7 WBeauftrG). Mit mehr als 6.200 Neueingaben hat sich die Wehrbeauftragte in 1996 befaßt. Wer jedoch die Frage nach der Existenzberechtigung der Institution

Wehrbeauftragte lediglich mit Blick auf diese Zahlen stellt, übersieht den weit über die Eingabebearbeitung hinausgehenden Kontrollauftrag der Verfassung an die Wehrbeauftragte.

Eingaben sind frei von Form- und Fristvorschriften. Lediglich Sammel- und anonyme Eingaben sind von der Bearbeitung ausgeschlossen. Den Soldaten darf kein Nachteil entstehen, weil sie die Wehrbeauftragte anrufen haben (§ 7 Satz 2 WBeauftrG). Für bewußt wahrheitswidrige und beleidigende Aussagen tragen sie jedoch die volle Verantwortung. Läßt der in der Eingabe vorgetragene Sachverhalt auf eine Verletzung der Grundrechte der Soldaten oder Grundsätze der Inneren Führung schließen, nimmt sich die Wehrbeauftragte des Anliegens eines Soldaten an. Nicht selten weisen Eingaben über vordergründige Nichtigkeiten auf größere Probleme der Truppe hin und führen zu deren Lösung. Mit der Aufforderung zur Stellungnahme wendet die Wehrbeauftragte sich an einen ihr geeignet erscheinenden Vorgesetzten oder die entsprechende Dienststelle im Geschäftsbereich des BMVg. In jedem Fall erhält der in der Eingabe Bezeichnete die Gelegenheit, den Sachverhalt aus seiner Sicht darzustellen.

Anhand der Stellungnahmen und Ermittlungsunterlagen prüft die Wehrbeauftragte, ob der Sachverhalt vollständig ermittelt und ob auf ein eventuelles Fehlverhalten angemessen reagiert wurde. In einem Abschlußschreiben teilt sie das Ergebnis ihrer Überprüfung dem Petenten und den beteiligten Vorgesetzten mit. In nahezu allen Fällen wird ihre Kritik von den Soldaten als Empfehlung eines Kontrollorgans verstanden, das sich selbst auch als wohlmeinende Fürsprecherin in den Angelegenheiten der Soldaten versteht. Ihre Glaubwürdigkeit wird durch ihre Truppennähe und ihren Sachverstand unterstrichen. ■

Akzeptanz der Bundeswehr in der Gesellschaft deutlich gestiegen

Zum Jahresbericht 1996 der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Claire Marienfeld, erklärten der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, und der Berichterstatter in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Arbeitsbereich der Wehrbeauftragten, Jürgen Augustinowitz:

In ihrem zweiten Bericht zeichnet die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages ein sachliches Bild zur Lage der Bundeswehr. Besonders erfreulich ist die gestiegene Akzeptanz der Streitkräfte in der Gesellschaft, die u. a. auf die Anerkennung der Leistungen der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien zurückzuführen ist. Darüber hinaus wirkt sich das von der CDU/CSU-Fraktion maßgeblich mitgestaltete Attraktivitätsprogramm positiv auf die Haltung junger Menschen zum Dienst in den Streitkräften aus.

Im Bereich der Information und Betreuung der Wehrpflichtigen durch die Einrichtung von Ausbildungs- und Beratungszentren bei den Kreiswehrrersatzämtern sind gute Fortschritte erzielt worden. Das gestiegene Bewerbungsaufkommen zeigt, daß hier der richtige Weg beschritten worden ist. Neben der fordernden Ausbildung kommt der Einführung des Mobilitätzuschlages eine besondere Qualität zu. Unter Beachtung der Verantwortung für den Gesamthaushalt sind wir mit der Wehrbeauftragten einig, daß wir für den Haushalt 1998 eine angemessene Erhöhung des Wehrsoldes und des Mobilitätzuschlages vornehmen wollen.

Erfreulich ist auch die Feststellung der Wehrbeauftragten, daß es in der Bundeswehr keine rechtsextremistische Entwicklung gebe. Bei den wenigen Einzelfällen

handelt es sich ihrer Einschätzung nach um unwissende und unreife junge Menschen. Hier zeigen sich erste Erfolge der staatsbürgerlichen Bildung und einer konsequenten Truppenführung. Allerdings gibt es auch nach unserer Meinung noch einen erheblichen Verbesserungsbedarf in diesem Bereich.

Probleme der Gesellschaft machen auch vor der Bundeswehr nicht halt. Sie ist eben das Spiegelbild der Gesellschaft. Dies gilt insbesondere für den mißbräuchlichen Umgang mit Drogen und Alkohol. Obwohl die Zahl der Delikte leicht angestiegen ist, hat es zum Glück keinen Todesfall gegeben. Die Vorgesetzten bleiben aufgerufen, in ihrer Funktion aufklärend zu wirken. Wir gehen davon aus, daß der angekündigte Erlaß über „Mißbrauch von Betäubungsmitteln“ positive Wirkungen hat

Den von der Wehrbeauftragten im letzten Jahr erkannten Fehlentwicklungen im Bereich der Ersatzteillage und Materialerhaltung, die im wesentlichen auf Änderungen im logistischen System sowie finanziellen Engpässen beruhen, wurde durch kurzfristige Maßnahmen und Umschichtungen im laufenden Haushaltsjahr entgegengewirkt. Wir sind uns aber mit der Wehrbeauftragten einig: je weniger Zeit für die Ausbildung zur Verfügung steht, um so wichtiger ist die Versorgung der Truppe mit den für Ausbildung und Einsatz notwendigen Mitteln.

Dem Amt der Wehrbeauftragten als kritischer Begleiterin der Bundeswehr kommt eine besondere Bedeutung zu. Claire Marienfeld erlangt Innenansichten der Bundeswehr, zu denen andere nicht die Möglichkeiten haben. Für ihre bisherige Arbeit zum Wohle der Streitkräfte und ihrer Soldaten sprechen wir ihr im Namen unserer gesamten Fraktion unseren Dank aus.

Bundesfrauenministerin Claudia Nolte:

Gesamtgesellschaftlicher Dialog von Frauen und Männern dringend notwendig

Zu keiner Zeit gab es so viele Institutionen in Bund, Ländern und Kommunen wie heute, die die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in Beruf, Familie und Gesellschaft voranbringen sollen. Zu keiner Zeit hatten wir ein so dichtes Netz an rechtlichen Regelungen.

Trotz aller Maßnahmen und Fortschritte der vergangenen Jahre können wir aber mit dem Stand der Gleichberechtigung nicht zufrieden sein. Es ist uns nicht gelungen, gleiche Rechte und Chancen von Frauen und Männern im persönlichen Lebensalltag, in der Politik und in der Wirtschaft durchzusetzen. Chancengleichheit läßt sich eben nicht über Gesetze und Verordnungen allein durchsetzen, wenn sie nicht auch in den Köpfen der Menschen vollzogen wird.

Was wir brauchen, ist ein kontinuierlicher gesellschaftlicher Dialog zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Nur wenn alle gesellschaftlichen Gruppen, alle Handlungsträger in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenarbeiten, kommen wir in der Gleichberechtigungspolitik auch tatsächlich weiter.

Konkret muß das heißen: Frauenfragen müssen raus aus den gesellschaftlichen Nischen, in die sie immer wieder so gerne abgedrängt werden. Chancengleichheit von Frauen und Männern muß in unserer Gesellschaft in allen Politikfeldern und Lebensbereichen Einzug halten und diskutiert werden.

Die Globalisierung des Wettbewerbs und der Märkte erfordert neue Ansätze in der Sozialpolitik, in der Bildungspolitik, in der Arbeitsmarktpolitik, in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Diese Herausforderungen werden wir nur dann bestehen können, wenn es uns gelingt, die unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Lebensbezüge von Frauen und Männern

Erklärung zum Internationalen Frauentag am 8. März

gleichermaßen zu berücksichtigen. Für Frauen bedeutet das die Chance, daß sie neben ihrem fachlichen Know-how in besonderer Weise auch ihre hohe Kompetenz im kommunikativen und sozialen Bereich einbringen können. Dabei handelt es sich um heute notwendige Schlüsselqualifikationen. Wirtschaft und Industrie sollten sie in ihrem eigenen Interesse nutzen, denn ich bin der festen Überzeugung, daß sich Frauenförderung auch für die Betriebe rechnet.

Auch moderne, flexible Formen der Arbeitszeitgestaltung schaffen neue Möglichkeiten für Frauen und Männer, Familie und Erwerbsarbeit miteinander zu verbinden. Je selbstverständlicher diese Formen der Arbeitszeitgestaltung von den Betrieben genutzt werden, desto selbstverständlicher sollte es auch für Väter werden, ihre Arbeitszeiten auf ihre Familien abzustimmen.

Geringfügig Beschäftigte in die Sozialversicherung einbeziehen

Anlässlich des Internationalen Frauentags erklärten die Bundesvorsitzende der Frauen-Union der CDU, Rita Süsmuth, und die Vorsitzende der Frauen-Union Rheinland-Pfalz, Maria Böhmer:

Den größten Zuwachs an Arbeitsplätzen gibt es derzeit bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Arbeitgeber, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze anbieten, haben Wettbewerbsnachteile gegenüber Arbeitgebern, die überwiegend 610-Mark-Kräfte einstellen.

Die geringfügigen Beschäftigungen mit den derzeit geltenden sozialversicherungsfreien Beträgen von 520 Mark in Ost- und 610 Mark in Westdeutschland betreffen vor allem Frauen, die zu 65 Prozent in diesen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Die Folge ist weibliche Altersarmut. Wer jahrelang geringfügig beschäftigt ist, verliert wichtige Beitragsjahre beim Erwerb von Rentenansprüchen. Nur 18 Prozent aller Frauen über 65 haben derzeit ein Ruhestandseinkommen, das deutlich über der Sozialhilfegrenze liegt. Bei Männern sind es 93 Prozent.

Auf der anderen Seite fehlen der Rentenkasse Einnahmen.

Wir fordern daher:

- Geringfügige Beschäftigungen müssen drastisch abgebaut werden.
- Vollzeitbeschäftigte, die ihre Arbeitszeit reduzieren wollen, müssen endlich ein größeres Angebot an sozial abgesicherten Teilzeitarbeitsplätzen erhalten. Insgesamt geht es darum, die sozialversicherungspflichtige Teilzeit wesentlich auszuweiten.
- Solange es keine Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung gibt, soll die Pauschalbesteuerung von 20 Prozent künftig je zur Hälfte auf Steuern und Sozialabgaben aufgesplittet werden.
- Geringfügige Nebentätigkeiten müssen der Sozialversicherungspflicht unterworfen werden.
- Der Mißbrauch der geringfügigen Beschäftigung muß durch schärfere Kontrollen verhindert werden.

Wir wollen keinen Kahlschlag bei der geringfügigen Beschäftigung. Eine flexible Arbeitswelt braucht auch unkomplizierte Formen der kurzfristigen geringen Beschäftigung. Wir dürfen aber nicht zusehen, wie immer mehr 610-Mark-Jobs die soziale Sicherung und die Grundlage zur Finanzierung des Sozialstaates verkleinern.

DIHT meldet Erfolg bei den Lehrstellen

Immer mehr Betriebe bilden nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) wieder Lehrlinge aus. Ende 1996 hatte es nach einer Umfrage bei den 83 Industrie- und Handelskammern 151.000 Betriebe in der Industrie und den Dienstleistungssektoren gegeben, die mindestens ei-

nen Jugendlichen ausgebildet haben, teilte der DIHT mit. Dies sind 4.000 Betriebe oder 2,7 Prozent mehr als Ende 1995 gewesen. Der DIHT begründet die positive Entwicklung unter anderem mit der Aussicht auf eine Verminderung von ausbildungshemmenden Vorschriften.

Multimedia – Chance für Frauen

Wir sind auf dem Weg in das Informationszeitalter und befinden uns mitten in der „digitalen Revolution“. Multimedia ist in aller Munde. In Deutschland verfügen 28 Prozent der Privathaushalte über einen PC. Weltweit werden mittlerweile mehr Computer als Autos verkauft. Vernetzte Computer, Online-Dienste und Datenautobahnen gehören für viele zum Alltag.

Derzeit „surfen“ rund um den Globus über 40 Millionen Nutzer auf globalen Info-Highways, sie tauschen E-Mails aus, rufen Informationen ab, beteiligen sich an Online-Diskussionen und machen Informationen weltweit verfügbar. Infotainment und Edutainment ermöglichen neue Lernformen. In Deutschland, Europa und weltweit schließen sich immer mehr Schulen per Knopfdruck zu Netzwerken zusammen. Täglich kommen neue Anwendungsbereiche für die Informations- und Kommunikationstechnik hinzu: Telearbeit, Tele-Shopping, Tele-Banking, Videokonferenzen, intelligentes Verkehrsmanagement durch Telematik, Satellitennavigation, Tele-Learning, Tele-Consulting in der Medizin, virtuelle Bibliotheken, Video-on-Demand usw. usw. . . Man schätzt, daß im Jahr 2000 zwei Drittel aller Arbeitsplätze mit Computertechnik ausgestattet sind, und die Zahl der Internet-Surfer wird auf 200 Millionen ansteigen.

Bereits heute ist die Informationswirtschaft neben der Tourismusbranche der größte Wirtschaftszweig. Erwartet werden jährliche Wachstumsraten von bis zu 15%. Im Jahr 2010 wird allein der Sektor Information wahrscheinlich über 50% der Arbeitsplätze stellen. Information wird noch vor Kapital, Arbeit und Boden zum wichtigsten Produktionsfaktor.

Der rasante Fortschritt im Bereich der Informations- und Kommunikationstechni-

ken stellt uns vor große Herausforderungen und eröffnet enorme Chancen.

Gerade Frauen müssen sich dieser Herausforderung stellen, um ihre Chancen nutzen zu können. Denn noch ist die Welt der Informationen eine Männerwelt. Nur maximal 10% der Internetbenutzer sind Frauen, und bei den Informatik-Studiengängen ist die Zahl der Studentinnen auf weniger als 5% gesunken. Dabei birgt die neue Multimedia-Welt gerade für Frauen viele Möglichkeiten.

**Von Bärbel Sothmann,
Vorsitzende der Gruppe der
Frauen der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

In den nächsten fünfzehn Jahren werden in Deutschland etwa 1,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze in der Medien- und Datenwelt erwartet. Es sind qualifizierte Fachleute – Männer und Frauen – gefragt.

Die neuen Technologien ermöglichen moderne „Heimarbeit“, die Telearbeit. Das Stichwort heißt „Outsourcing“, d. h. Arbeitsplätze werden aus dem Unternehmen an den Schreibtisch zu Hause oder in Satelliten- oder Nachbarschaftsbüros verlagert.

Dadurch können viele Frauen Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren. Gerade Frauen mit Kindern bieten sich durch Telearbeit auch gute Chancen, ein eigenes Unternehmen zu gründen. In strukturschwachen Regionen können neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Anfahrtzeiten zum Betrieb entfallen. Das ist auch günstig für die Umwelt. Darüber hinaus können Arbeitgeber durch die Dezentralisierung des Arbeitsplatzes erheblich an Miet- und Unterhaltskosten für Büroräume einsparen.

Derzeit arbeiten ca. 150.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland örtlich und zeitlich unabhängig vom Unternehmen. Ziel ist, daß bei uns bis zur Jahrtausendwende 800.000 Beschäftigte Tele-„Heim“-Arbeit machen.

Auch im privaten Bereich – in denen Frauen traditionell noch immer „das Sagen haben“ – hilft Multimedia, Wege zu sparen und ermöglicht eine rationelle Zeiteinteilung durch Tele-Banking, Tele-Shopping und die Nutzung von externen Datenbanken. Davon profitieren vor allem berufstätige Mütter.

Neben großen Chancen birgt Multimedia auch Risiken, die wir nicht unterschätzen dürfen. Auch die Risiken betreffen Frauen in verstärktem Maße.

Denn Multimedia schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern vernichtet sie auch. Betroffen sind vor allem niedrig qualifizierte Arbeitsplätze, die oft von Frauen besetzt sind. Das vergrößert das Problem der Arbeitslosigkeit von Frauen ohne entsprechende Ausbildung. Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, muß man bereits in den Schulen ansetzen und die Lehrpläne auf die Vermittlung von Medienkompetenz einstellen.

Telearbeit sozial absichern

Unser Augenmerk müssen wir auch darauf richten, daß Telearbeit nicht zu mehr Scheinselbständigkeit führt. Zudem müssen Regelungen getroffen werden, um Telearbeit sozial abzusichern. Arbeitsschutzbestimmungen und Mitbestimmungsrechte müssen eingehalten, Weiterbildungsmöglichkeiten müssen gewährleistet werden.

Telearbeit darf auch nicht zu sozialer Isolation führen. Die Ideallösung wäre für die meisten Beschäftigten einer Umfrage zufolge die sogenannte alternierende Telearbeit. Vorstellbar wären zum Beispiel drei

Tage Telearbeit und zwei Tage Arbeit im Betrieb.

Pornographie und andere sittenwidrige Angebote im Internet gefährden bereits heute unsere Kinder und Jugendlichen. Dem muß dringend Einhalt geboten werden.

Bericht „Info 2000“

Um Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft verantwortlich zu gestalten, hat die Bundesregierung bereits Anfang letzten Jahres einen Aktionsplan festgelegt, der in dem Bericht „Info 2000“ nachzulesen ist. Der Bericht ist als Broschüre beim Bundesministerium für Wirtschaft in Bonn kostenlos erhältlich. Er berücksichtigt die Empfehlungen des Rates für Forschung, Technologie und Innovation beim Bundeskanzler und enthält verschiedene Schwerpunkte.

Vorrangig ist die Schaffung eines einheitlichen rechtlichen Rahmens für neue Informations- und Kommunikationsdienste. Mit dem Multimedia-Gesetz des Bundes, das im Dezember letzten Jahres vom Bundeskabinett beschlossen wurde und noch 1997 in Kraft treten soll, soll sichergestellt werden, daß in Deutschland moderne, leistungsfähige, wettbewerbsfähige und preiswerte Telekommunikationsdienste angeboten werden. Das bringt Investitionssicherheit für Multimedia, gewährleistet uneingeschränkte Zugangsfreiheit und macht den Weg frei für neue Arbeitsplätze. Das Multimedia-Gesetz enthält selbstverständlich auch Regelungen, die dafür sorgen, daß der Jugendschutz, der Verbraucherschutz und der Datenschutz im Internet gewährleistet werden. Das Gesetz befindet sich zur Zeit noch in der parlamentarischen Beratung.

Darüber hinaus ist es wichtig, daß der Technologiedialog von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft gefördert wird. Durch die Einrichtung von Gesprächs-

kreisen, zum Beispiel das „Forum Info 2000“, soll auch die Technikakzeptanz in der Bevölkerung gestärkt werden.

Eine neue Bildungsoffensive soll die Vermittlung von Medienkompetenz forcieren. Erster praktischer Schritt in diese Richtung ist die Initiative „Schulen ans Netz“, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung gemeinsam mit der Telekom im letzten Jahr gestartet hat. Ziel ist es, bundesweit 10.000 Schulen an Kommunikationsnetze anzuschließen und das Lehrpersonal entsprechend auszubilden. Daneben werden neue Berufsprofile für den Multimediabereich entwickelt, zum Beispiel AV-Mediengestalter, Screen-Designer und Online-Redakteur.

Für kleine und mittlere Unternehmen sollen neue Anwendungsfelder geschaffen und zum Beispiel neue Konzepte für Telematik und modernes Informationsmanagement entwickelt werden, um hier neue Arbeitsplätze schaffen zu können.

Mit Hilfe eines neuen Forschungsrahmenkonzepts mit dem Titel „Innovationen für die Informationsgesellschaft 1997–2001“ sollen u. a. neue Informationstechnologien für das Bildungswesen und neuartige Pro-

duktionsprozesse entwickelt sowie die Weiterentwicklung von Telekooperation und Teleservice forciert werden.

Moderne Informationstechnik soll auch dazu genutzt werden, eine innovative, effiziente, bürgernahe Verwaltung zu schaffen. Als Modell dient das Projekt „Informationsverbund Bonn/Berlin“, das u. a. bei der Zusammenarbeit der Bundesministerien in Bonn und Berlin zum Tragen kommen wird.

Unabdingbar zur Verbesserung der weltweiten Kommunikation ist, daß die internationalen Normen und Standards schnell an die neuen Anforderungen angepaßt werden. Auch die internationale Abstimmung der modernen Infrastrukturmaßnahmen – zum Beispiel die Schaffung trans-europäischer Netze im Bereich Telekommunikation – darf nicht verzögert werden.

All diese Maßnahmen werden dabei helfen, den Wandel unserer Industriegesellschaft in eine moderne Informationsgesellschaft – eine der größten Herausforderungen unserer Zeit – sozialverträglich zu gestalten.

AOK warnt vor Verharmlosung von „Ecstasy“

Die Modedroge „Ecstasy“ ist weiter auf dem Vormarsch. Rund 50 bis 70 Prozent der Besucher von Techno-Parties in Großstädten konsumieren die „Glückspille“, wie die AOK jetzt mitteilt.

Ein Grund für die ausgeprägte Probiert- und Konsumbereitschaft ist die weit verbreitete Auffassung, bei Ecstasy handele es sich um eine ungefährliche und zudem legale Droge. Etwa 90 Prozent der Jugendlichen schätzen die Gefahren falsch ein.

Gefährlich für die Gesundheit sind insbesondere verunreinigte Pillen, die bis zu zehn Prozent der im Labor hergestellten Tabletten ausmachen. Sie enthalten äußerst gefährliche, mitunter lebensgefährliche Beimischungen.

Doch auch die reinen Labor-Pillen sind nach Angaben der AOK keinesfalls unbedenklich. Sie können Organfunktionsstörungen wie akutes Nierenversagen hervorrufen.

Öffentliche Kommunikation

Das A und O eines attraktiven Programms ist die Aktualität

Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit über die Internationalen Datennetze wird immer wichtiger. „Nur wer vernetzt ist, existiert“, verkündete der amerikanische Vizepräsident Al Gore. In zunehmendem Maße nutzen Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Politik das Internet. Sie erreichen damit mehr als 30 Millionen Menschen mit Zugang zum weltweiten Datennetz Internet, und die Zahlen steigen weltweit.

Mit den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im vergangenen November hat sich das Internet als ein neues Medium der Politik etabliert. Auch in Deutschland nimmt seine Rolle zu.

Die CDU ist seit Oktober 1995 mit einem eigenen Programm im Internet. Seitdem wurde das Programm dreimal umgestaltet und noch aktueller gemacht. Das A und O eines attraktiven Programms ist die Aktualität. Nur wer sichtbar macht, daß er seinen Besuchern immer wieder Neues bringt, bleibt attraktiv. Die ständig steigenden Abrufzahlen von zuletzt knapp 350.000 im Monat zeigen, daß wir mit diesen Verbesserungen richtig liegen.

Intensive Diskussion zwischen Bürgern und Politikern

Außerdem: Die CDU bietet in ihrem Internet-Programm, was sich mit keinem anderen Medium besser erreichen läßt: Diskussion zwischen Bürgern und Politikern.

Im März 1996 eröffnete Generalsekretär Peter Hintze das Diskussionsforum der CDU. Auf Anhieb wurden diese Seiten über 2.000 mal abgerufen und überflügeln schnell die anderen Rubriken des Programms. Im Diskussionsforum kann jeder, der über einen Internetzugang verfügt, ein eigenes Diskussionsthema eröffnen oder sich an einem Thema beteiligen. Die Referenten der Bundesgeschäftsstelle beteiligen sich an der Diskussion oder beantworten Fragen an die CDU-Redaktion.

Echte Dialoge

Höhepunkte der Diskussion sind Minister- oder Abgeordneten-Sprechstunden. Für beide Seiten sind diese Aktionen sehr spannend, da sich echte Dialoge über das Internet entwickeln können. Jemand stellt eine Frage. Sie wird z.B. von Bundesjugendministerin Claudia Nolte gelesen und beantwortet. Und während sie die nächste Frage beantwortet, kommt schon die Reaktion auf ihre erste Antwort ins Forum.

Information und Dialog korrespondieren miteinander. Die Besucher eines Internetprogramms sind nicht mehr nur Konsumenten von Informationen, sie können selbst Informationen weitergeben.

Dazu ein Beispiel: In einem eigenen Kapitel bietet das CDU-Programm umfangreiche und aktuelle Informationen zur Großen Steuerreform. Und gleichzeitig stehen im Diskussionsforum Finanzexper-

ten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Verfügung, die Fragen beantworten.

Im Januar wurden die Seiten zur Steuerreform in einer Woche fast 3.000 mal abgerufen. Im Diskussionsforum konnten wir sogar fast 25.000 Abrufe zählen. Die Zahlen sprechen für sich, und sie steigen.

Immer noch eine Minderheit

Bei aller Euphorie dürfen wir nicht vergessen, daß diejenigen, die einen Zugang zum Internet haben, immer noch in der Minderheit sind. Es fehlt an Bildung und vor allem an Geld. Voraussetzung ist immer noch, daß Menschen sich nicht nur mit dem Computer beschäftigen, sondern ihn auch anschaffen. In Deutschland werden heute bereits mehr Computer als Autos verkauft. Aber nur eine von hundert

allgemeinbildenden Schulen hat bisher Zugang zum Internet.

Um der Tendenz zur Elitebildung vorzubeugen und möglichst breiten Bevölkerungsschichten Zugang und Umgang mit den neuen Kommunikations- und Informationsangeboten zu ermöglichen, muß der Umgang mit neuen Medien zu einem wichtigen Bestandteil der Ausbildung werden. Die Initiative „Schulen ans Netz“ von Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers, die große Unterstützung in der Wirtschaft findet, trägt dazu bei, daß junge Menschen bereits in der Schule Gelegenheit haben, den verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet zu lernen.

Es hat uns darum auch besonders gefreut, daß sich in unserem Diskussionsforum „Politik im Kreuzfeuer der Jugend“ auch Schüler direkt aus den Klassenräumen ihrer Schule beteiligt haben.

Mittel für innovative Forschung in den neuen Ländern jetzt aufgestockt

Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers wird die im neuen Hochschulsonderprogramm (HSP III) vorgesehene Förderung innovativer Forschung in den neuen Ländern durch eine zusätzliche Sondermaßnahme unterstützen.

Von 1997 bis einschließlich 2000 stehen den neuen Ländern und Berlin insgesamt 50 Mio. DM (jährlich 12,5 Mio. DM) für die Förderung innovativer Forschungsprojekte zur Verfügung.

Unter der Voraussetzung einer Mitfinanzierung in gleicher Höhe durch die neuen Länder sollen damit über das

HSP III hinaus weitere Fördermöglichkeiten für innovative Forschergruppen eröffnet werden. Nicht zuletzt soll diese Sondermaßnahme auch für Projektanträge solcher Forschergruppen offenstehen, die bisher aus dem Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) gefördert werden.

Mit den Sondermitteln, den Komplementärmitteln der Länder und den Mitteln aus dem HSP III stehen damit insgesamt 200 Mio. DM zur Förderung innovativer Forschungsprojekte in den neuen Ländern zusätzlich zu den sonstigen Projektförderungen des BMBF aus den Fachprogrammen zur Verfügung.

Die CDU im Internet – eine Erfolgsbilanz

Seit Anfang März präsentiert sich die CDU mit einem neu überarbeiteten Programm im Internet. Die Struktur ist übersichtlicher geworden, die Farben sind frischer und die Ladezeiten haben sich erheblich verringert.

Seit dem Start der CDU ins weltweite Datennetz Internet im Oktober 1995 ist dies die dritte Optimierung des Programms, und es wird nicht die letzte sein. Das Internet verändert sich, und die CDU trägt dem Rechnung.

Das Programm bietet den Besuchern umfangreiche Informationen und für jeden die Möglichkeit, sich im Diskussionsforum zu äußern.

Seit dem Start des Programms sind die Besucherzahlen kontinuierlich gestiegen. Im Februar wurden fast 350.000 Seiten abgerufen und ca. 13.000 Besucher gezählt. Was die Seitenabrufe angeht, sind das bereits 42.000 Abrufe mehr als

im Vormonat. Neben den aktuellen Informationen wird das Diskussionsforum am häufigsten aufgerufen. Seine Attraktivität erhält das Forum auch dadurch, daß sich dort CDU-Spitzenpolitiker, wie z. B. Generalsekretär Peter Hintze, Bundesjugendministerin Claudia Nolte, Innenminister Manfred Kanther und Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers, an Online-Diskussionsrunden beteiligen. Für das aktuelle Thema „Steuerreform 1999“ standen den ganzen Februar über Finanzexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Fragen und Antworten zur Verfügung.

Das Internet bietet eine gute Chance, Bürgerinnen und Bürger zu informieren und mit ihnen zu diskutieren. Die CDU nutzt diese Chance erfolgreich.

Informieren Sie sich selbst, beispielsweise über neue Online-Diskussionsrunden unter:

www.cdu.d

Netscape - [Homepage der CDU]

File Edit View Go Bookmarks Options Directory Window Help

Location: <http://www.cdu.de/>

Wir über uns
Politik
Diskussionsforum
Termine
CDU-Shop
Gästebuch
Mitmachen
Suchbrett
suchen
E-Mail

Willkommen.
Bienvenue
Welcome
Benvenuti

CDU

Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
Dr. Jürgen Rüttgers
ist am 12. März von 11:00-12:00 Uhr ONLINE im Diskussionsforum.

Informationen zur Steuerreform 1999

[Wir über uns] [Politik] [Diskussionsforum] [Termine] [CDU-Shop] [Gästebuch] [Mitmachen] [Suchbrett] [suchen] [E-Mail]

Document Done

Die neue Homepage der CDU: In frischeren Farben – jedenfalls auf Ihrem Bildschirm –, noch übersichtlicher und schneller. Im Zusammenhang mit der neuen Anordnung der Buttons hat die Ladezeit verkürzt.

SPD verbreitet Anleitung zum Sozialhilfemißbrauch

Der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU im Rheingau-Taunus-Kreis, Klaus-Peter Willsch, erhebt im Zusammenhang mit der Verbreitung eines „Sozialhilfe-Ratgebers“ massive Vorwürfe gegen die SPD. Es sei ungeheuerlich, daß in einer Zeit, in der die Politik aufgerufen sei, Mißbrauch und überzogenes Anspruchsdenken im Bereich der Sozialpolitik zurückzudrängen, die SPD Broschüren verbreite, in denen geradzum „Abzocken von Sozialleistungen“ aufgerufen werde.

Bei der umstrittenen Broschüre handelt es sich um einen Ratgeber der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen Bielefeld mit dem Titel „Sozialhilfe – Tips und Hilfen für den Umgang mit den Sozialämtern“, der in einer Sonderausgabe für die SPD-Bundestagsfraktion mit einem Vorwort des Vorsitzenden Scharping herausgegeben worden ist und über die Unterbezirksgeschäftsstellen der SPD, so auch im Rheingau-Taunus, vertrieben wird.

Der Schlangenbader Rathauschef kritisiert, daß in dem Heftchen durchgängig der Eindruck vermittelt werde, daß die Mitarbeiter in den Sozialämtern vom Antragsteller als „Gegner“ zu betrachten seien, die auf nichts anderes aus seien, als berechnete Ansprüche zu verwehren. So lautet es in der Broschüre wörtlich: „... denn viele SachbearbeiterInnen wollen wissen, warum Sie gerade diese beantragten Dinge brauchen, und lehnen Ihren Antrag oft mit fadenscheinigen Gründen ab.“ Willsch nimmt die Mitarbeiter der Sozialämter gegen diese pauschale Verurteilung in seiner Pressemitteilung in Schutz

und ermuntert sie, den Bedarf und die Bedürftigkeit sehr sorgfältig zu prüfen, da der Steuerzahler einen Anspruch darauf habe, daß die knappen öffentlichen Mittel zielgerichtet eingesetzt werden und Mißbrauch von Sozialleistungen vermieden wird.

Rausholen, auch wenn es keinen Anspruch gibt

Städte und Landkreise klagen landauf, landab über die von ihnen kaum noch zu tragenden Soziallasten. Ihre Haushalte werden von der Kommunalaufsicht rigoros auf die letzten freiwilligen Leistungen durchleuchtet, die entbehrlich erscheinen könnten; mancherorts lugt schon der Staatskommissar als Konkursverwalter um die Ecke des Rathauses. Doch Mangel hin und Schuldenberg her, in Bonn erklingt das hohe Lied der Verteilungspolitik, angestimmt von der dort ansässigen SPD-Bundestagsfraktion. Sie hat in einer Broschüre Tips zusammengetragen, wie der Empfänger staatlicher Leistungen sich dem Sparzwang entgegenstemmen und rausholen kann, was ihm zusteht – und worauf er eigentlich gar keinen Anspruch hat.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Als geradezu skandalös empfindet es Willsch, daß neben der das ganze Heft durchziehenden Grundmaxime „Nimm, was Du kriegen kannst“ an einigen Stellen ausdrücklich Tips zum Erschleichen von Leistungen gegeben werden. So werde unter der Überschrift „Sozialhilfebezug bei verschiedenen Lebensgemein-

Hier können Sie mitwirken!

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands veranstaltete am 6. März im Kurhaus Bad Honnef eine Fachtagung zu dem Thema „Seniorenbüros / Seniorenvertretungen“ mit dem Untertitel: Mitarbeiten – mitentscheiden – mitverantworten in der Kommune.

Über 300 Teilnehmer aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland waren gekommen, um sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie ältere Menschen auf kommunaler Ebene mitarbeiten, mitentscheiden und mitverantworten können. Seniorenbüros und Seniorenvertretungen sind Anlaufstellen für Ältere.

Hier können Sie mitwirken, ihre Erfahrungen einbringen und politisch beratend Einfluß nehmen auf das Geschehen in Ihrer Gemeinde. Die Referentinnen Dr. Gertrud Zimmermann (Seniorenbüros) vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Dipl.-Politologin Heike Reggentin, Institut für sozialpolitische und gerontologische Studien, Berlin (Seniorenvertretungen), stellten in Einführungreferaten die Aufgabenbereiche und Arbeitsweisen der Institutionen vor.

In einer Talkrunde konnte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Staatssekretär a. D. Bernhard Worms, engagierte Diskutanten und Experten miteinander ins Gespräch bringen. Dabei wurde unter anderem über die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten älterer Menschen gesprochen. Der „Königsweg“ der Demokratie, nämlich direkte Wahlen von Seniorinnen und Senioren in die kommunalen parlamentarischen Gremien, wurde auf die Realisierbarkeit hin geprüft.

**Fachtagung der
Senioren-Union
am 6. März
im Kurhaus Bad Honnef**

Darüber hinaus wurden Themen wie „freiwilliges soziales Ehrenamt“ und das Einbringen von Erfahrungs- und Expertenwissen behandelt. Die schwierige Frage der Finanzierung von kommunalen Seniorenbüros blieb natürlich auch nicht ausgespart. Die Kommunen wurden gebeten, freie Träger zu ermuntern, Seniorenbüros in ihre Verantwortung zu übernehmen.

schaften“ detailliert aufgezeigt, wie man eine eheähnliche Gemeinschaft zu gestalten hat, um den Partner von der Unterhaltungspflicht freizustellen und selbst Sozialhilfe beanspruchen zu können. Unter der Überschrift „Muß das Auto verkauft werden?“ wird zwar zunächst mit dem Grundton des Bedauerns dargestellt, daß das Sozialamt verlangen kann, daß das Auto verkauft wird. Daran anschließend werden aber alle Ausnah-

metatbestände aufgezählt und schließlich noch der Hinweis auf eine trickreiche Umgehung der rechtlichen Situation gegeben, wenn als Merksatz fettgedruckt mitgeteilt wird: „Das gilt allerdings nur, wenn Sie selbst Halter des Pkws sind. Gehört das Auto nicht Ihnen, sondern einem Verwandten oder Freund, der es Ihnen zum Fahren überläßt, kann das Sozialamt natürlich nicht den Verkauf fordern.“

Broschüren, die Sie sich besorgen sollten

"Mitarbeiten · Mitentscheiden · Mitverantworten"

Wiener Erklärung 1996

der Europäischen
Senioren-Union (ESU)

**Senioren
Union** 

Satzung

Beitragsregelung

Landes- geschäftsstellen

Stand: Oktober 1996

**Senioren
Union** 

Wiener Erklärung:

Der erste große Kongreß seit der Gründung der Europäischen Senioren-Union (ESU) am 7. November 1995 in Madrid fand am 7. September 1996 in Wien statt. Eine Wiener Erklärung wurde dort verabschiedet. Dort werden in zehn Punkten politische Richtlinien und Forderungen für ältere Menschen in Europa dargelegt. Die ESU sieht als ihren Auftrag, Lösungen der großen Zukunftsaufgaben in Europa zu finden. Die Wiener Erklärung kann bei der Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.: 02 28/5 44-3 60 kostenlos bestellt werden.

Satzung der Senioren-Union:

Auf der Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union vom 3. bis 5. Oktober 1996 in Heidelberg wurden einige Änderungen in der bisherigen Satzung beschlossen. Die Änderungen betreffen die Verringerung der Delegiertenzahl von bisher 380 auf 250 der Landes-Senioren-Unionen (§ 8) sowie – neu aufgenommen – „Ehrenmitgliedschaft in der Senioren-Union“ (§ 3a). Die Satzung kann ebenfalls bei der Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union kostenlos bestellt werden.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

Unser Leben

**Erfahrene
Dynamische
Senioren**

Senioren
Union
CDU

**Bestellungen
an:**

IS-Versandzentrum • Postfach 11 64
33759 Versmold • Fax (0 54 23) 4 15 21
Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Senioren-Union

Bestell-Nr.: ▶
2185
Verpackungs-
einheit:
100 Expl.
Preis je Ver-
packungsein-
heit: 13,- DM

◀ Bestell-
Nr.: **2426**
Verpackungs-
einheit:
50 Expl.
Preis je Ver-
packungs-
einheit:
17,50 DM

**Erfahrung ist
gefragt!**



**Wer sich engagiert,
verändert.**

**Senioren
Union** 

UiD

8/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (02 28) 54 40, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb:
Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~WVA~~ Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.